

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 6.

Charlottenburg, Freitag, den 6. Februar 1920.

Jahrg. 47.

Was bringt der jetzige Reichstarif?

Ehe wir auf vorstehend gestellte Frage eingehen, möchten wir noch einige Worte darüber verlieren, unter welchen Umständen der jetzt geltende Tarifvertrag zustande gekommen ist. Nachdem die Demobilisierungsstelle Nürnberg zwecks Schlichtung der an mehreren bayerischen Orten ausgebrochenen Streiks angerufen war, ging der weitere Verlauf der ganzen Angelegenheit mit einer ziemlichen Eile von statten. Auf Seiten unserer Verbandsleitung bestand die Auffassung, daß es sich in Nürnberg zunächst noch nicht um Verhandlungen zwecks Abschluß eines neuen Vertrages handeln könne, sondern, außer der Beilegung der Streiks, nach den gescheiterten Verhandlungen in Leipzig nur darum, eine Grundlage zu suchen, auf der eventuell neue Verhandlungen geführt werden könnten. Infolge dieser Auffassung waren außer 3 Vertretern des Vorstandes (Wollmann, Karl, Schneider) nur noch die Kollegen Hoffmann, Bredow, Hirsch, Uhlmann, Dresden, und einige Kollegen aus den bayerischen Zahlstellen (Metsch, Selb, Fritsch, Schönwald, Pehm, Weiden, Kleiber, Marktredwitz) zugegen. Außerdem waren noch Vertreter anderer Verbände (Maschinisten und Feizer usw.) sowie des bayerischen Keramikarbeiterverbandes anwesend. Nachdem aber der Leiter der Demobilisierungsstelle Nürnberg, Herr Dr. Schneider, sofort den Parteien vorschlug, einen für das ganze Reich gültigen Tarifvertrag abzuschließen und über die Punkte, über die es eine Verständigung zwischen den Parteien nicht geben konnte, die Demobilisierungsstelle als Schiedsamt einen Schiedsspruch fällen zu lassen, die Unternehmer sich mit dieser Regelung der Angelegenheit einverstanden erklärten, lag auch für uns kein Grund vor, dem zu widersprechen.

Für den Fall, daß etwa die Meinung auftauchen könnte, bei einer größeren Beteiligung von Vertretern aus den Zahlstellen im übrigen Verbandsgebiet wäre vielleicht doch mehr erreicht worden, als das jetzt zu verzeichnen ist, möchten wir bemerken, daß wir das für gänzlich ausgeschlossen halten. Was nach Lage der Sache geschehen konnte, ist getan worden, um einen Tarifvertrag zustande zu bringen, mit dem unsere Mitglieder einigermaßen zufriedengestellt sein können. Daß dabei immer noch ein großer Teil Wünsche aus Kollegenkreisen unerfüllt geblieben ist, wird niemand bestreiten wollen. Jedoch handelt es sich nicht bei Abschluß eines Reichstarifs darum, alle Einzelwünsche erfüllen zu können, sondern das Mögliche und Erreichbare für die Gesamtheit der Kollegen zur Tatsache werden zu lassen, denn

Allen Leuten recht getan,

Ist eine Kunst, die niemand kann.

Doch sehen wir uns den Vertrag einmal etwas genauer an, um ermessen zu können, worin er sich vom Vertrage vom 25. August 1919 unterscheidet.

Da ist in erster Linie die anderweitige Festsetzung der Mindeststundenlöhne und Neueinteilung der Ortsklassen in Betracht zu ziehen.

Das Verlangen der Kollegen auf Beseitigung der 3. Ortsklasse ist unerfüllt geblieben. Da es sind — streng genommen — heute nicht mehr 3, sondern 5 Ortsklassen vorhanden. Die neugeschaffene Ortsklasse IIa bedeutet ein Entgegenkommen an diejenigen Zahlstellen, bezw. Betriebsorte, wo die Kollegen aus der 2. in die 1. Ortsklasse verlegt sein wollten. Hierbei muß auf einen besonderen Umstand aufmerksam gemacht werden. Für die Einreihung in die 3. Ortsklasse war bei früheren Verhandlungen als maßgebend erachtet worden die Art der Fabrikation. Die Luxusindustrie, die finanziell weniger gut fundiert sein soll, als die Geschirr- und elektrotechnische Industrie, war es, die besonderen Anspruch darauf erhob, fast vollzählig in die dritte Ortsklasse eingereiht zu werden. Diese Auffassung ist in Nürnberg beseitigt worden. Die wirtschaftliche Struktur des Ortes, in dem ein

Betrieb gelegen, ist allein maßgebend dafür, ob der Ort (nicht der Betrieb) in die 3. oder in eine andere Ortslohnklasse einzureihen ist. Dabei wird in besonderen Fällen noch darüber gestritten werden können, ob ein Ort zu den ganz teureren oder weniger teureren zu zählen ist, jedoch besteht heute eine andere und festere Grundlage für eventuelle Entscheidungen in dieser Frage.

In bezug auf die Frage, wer als Facharbeiter zu gelten hat, schafft der neue Vertrag Klarheit, indem die einzelnen Branchen namentlich aufgeführt werden. Dem Verlangen der Brenner, als Facharbeiter gewertet und entlohnt zu werden, ist in diesem Vertrage zwar nicht in vollem Umfange entsprochen, jedoch in der Form Entgegenkommen gezeigt worden, daß verantwortliche Brenner und Schmelzer auch bei Zeitlohnarbeiten einen Aufschlag von 25 Proz. auf den Mindeststundenlohn erhalten. Soweit Brenner im Akkord arbeiten, ist ja der 25 Proz.-Aufschlag auf den Mindeststundenlohn ohne weiteres gegeben.

Einer seit geraumer Zeit immer wieder von unserer Seite erhobenen Forderung, für gleiche Arbeit gleichen Lohn zu zahlen, ist im Prinzip zur Anerkennung verholfen im § 38 des neuen Vertrages. Dort heißt es, daß hochwertige, von Facharbeiterinnen ausgeführte Qualitätsarbeiten, die in gleicher Qualität von Facharbeitern hergestellt werden, mit den gleichen Lohnsätzen zu bezahlen sind, wie für Facharbeiter. Auf die Herstellung von Massenware soll diese Bestimmung allerdings keine Anwendung finden. Diese letztere Klausel ist allerdings wieder eine Durchbrechung des erwähnten Prinzips, aber — Rom ist ja auch nicht an einem Tage erbaut worden.

Die Lohnerhöhung an sich war im allgemeinen der brennendste Punkt bei den Tarifverhandlungen. Es ist nunmehr eine Erhöhung aller Löhne erfolgt, die im Mindestfalle 25 Proz. gegenüber den im Vertrage vom 25. August 1919 festgesetzten Löhnen betragen muß. Soweit durch die neu festgesetzten Mindestlöhne und Akkordbasen diese Steigerung um mindestens 25 Proz. nicht schon erreicht ist, muß sie noch vorgenommen werden. Die Neufestsetzung der Mindestlöhne und Akkordbasen bringt aber zum wesentlichsten Teile eine Steigerung der Löhne weit über 25 Proz. hinaus bis zu 50 Proz. und darüber. Ob damit den inzwischen rapid weiter gestiegenen Teuerungsverhältnissen in vollem Umfange Rechnung getragen, ist eine andere Frage. Bei Beurteilung dieser Frage ist von besonderer Wichtigkeit, daß beide vertragschließende Parteien im § 77 verpflichtet sind, den Teuerungsverhältnissen dauernd Beachtung zu schenken und rechtzeitig zu erwägen, ob und wie denselben Rechnung getragen werden kann. Es kommt weiter hinzu, daß das Lohnabkommen schon am 31. März d. J. wieder zum Ablauf gebracht werden kann, wenn es erforderlich werden sollte. Damit dürfte allen begründeten Befürchtungen doch einigermaßen Rechnung getragen sein.

Als einen weiteren Vorteil sehen wir an, daß alle bisherigen Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen mit den Grundlöhnen zu einheitlichen Löhnen zusammenzulegen sind.

Unsere Forderung auf freier Lieferung des Arbeitsmaterials und der Arbeitsmittel ist nicht erfüllt worden, dafür bestimmt der § 73 des Vertrages, daß sämtliche Arbeitsmittel und alles benötigte Material, also auch Farben und Gold, zum Friedenspreise geliefert werden müssen. Die Lieferung des Goldes zum Tagespreis ist unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Wenn berücksichtigt werden muß, daß die Preise für Pinsel, Spachteln, bei den Drechern für Schwämme usw. heute um ein Vielfaches höher sind, als in der Vorkriegszeit, so bedeutet die Bezahlung dieser Arbeitsmittel zum Friedenspreis immerhin einen Gewinn gegenüber dem Vertrage vom August 1919.

Trotz der außerordentlich schwierigen Verhältnisse bei den Heimarbeitern sind auch diesen Verbesserungen zuteil geworden.

In der Defektfrage ist Vorsorge getroffen worden, daß der Arbeiter vor ungerechtfertigten Lohnabzügen geschützt bleibt. Solange die Schulfrage nicht entschieden ist, darf ein Abzug nicht erfolgen.

In der Urlaubsfrage sind die bisher vorgekommenen Minderungen und Schädigungen der Arbeiter beseitigt worden, indem ausdrücklich festgelegt ist, daß Kriegs- und Kriegshilfsdienst, Krankheit, Streik und Aussperrung nicht als Unterbrechung der für die Urlaubsdauer maßgebenden Beschäftigungsdauer anzusehen ist.

Ein in unserem Verufe bisher vollständig brach liegendes Gebiet, das einer geregelten Arbeitsvermittlung und Arbeitsnachweisung, muß in Erfüllung der diesbezüglichen Vertragsbestimmung nunmehr gepflegt werden.

Ein anderes Gebiet, das der Regelung des Lehrlingswesens, ist den vertragschließenden Parteien zur Pflicht geworden. Eine Fülle von Arbeit, ein Berg von zu überwindenden Schwierigkeiten türmt sich bei Betrachtung dieser Fragen vor unseren Augen auf. Und doch muß diese Arbeit geleistet werden im Interesse der gesamten feineramischen Industrie.

Ein Neueinrichtung bedeuten auch die im §§ 65 und 66 festgelegten Ganschiebsämter und das Oberschiebsamt in Berlin zur Schlichtung von Streitigkeiten.

Alles in allem kann gesagt werden, daß der in Nürnberg abgeschlossene Vertrag in wesentlichen Punkten doch nicht unerheblich abweicht von dem, was in Leipzig geboten wurde. Der jetzige Vertrag ist außerdem in seiner organischen Gliederung, der Klarheit der Sprache vorteilhaft verändert gegenüber früheren Fassungen.

Die Kollegen wollen den Vertrag in Form und noch viel mehr auf seinen Inhalt genau prüfen, ehe sie ihr kritisches Urteil darüber fällen. Da ist ohne Zweifel manches darin enthalten, was niemanden von uns gefällt, im großen und ganzen bedeutet jedoch dieser Vertrag einen Fortschritt auf tariflichem Gebiet, das für uns alle noch jungfräulicher Boden ist.

Auf ein Moment sei noch aufmerksam gemacht. Verträge werden zu dem Zweck abgeschlossen, daß sie innegehalten werden müssen. Das gilt für beide vertragschließende Parteien. Um eine Wiederholung unliebsamer Vorkommnisse zu verhindern, ist ausdrücklich vereinbart worden, daß Streiks und Aussperrungen nicht vorgenommen werden dürfen, solange die vertraglichen Schiedsorgane noch keine Entscheidung getroffen haben. Wir sind überzeugt, daß unsere Verbandskollegen den Vertrag während der Dauer seiner Gültigkeit respektieren und der Gegenseite keinen Anlaß bieten werden, etwa berechnete Klagen über mangelnde Vertragstreue auf unserer Seite hören zu können. Sofern über Auslegung und Anwendung des Vertrages in einem Betriebe Meinungsdivergenzen entstehen, die durch die örtlichen Organe (Arbeiterausschuss usw.) nicht beizulegen sind, dann ist dem Verbandsvorstand entsprechende Mitteilung zu machen (in Gaubezirken dem Gauleiter) und die Maßnahmen dieser Verbandsinstanzen abzuwarten, ehe weitere Stellung genommen werden kann.

Die konstituierende Sitzung des Zentralausschusses der Zentralarbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands

am 12. Dezember 1919 in Berlin.

Die Sitzung, die im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses stattfand, war zahlreich besucht, und zwar waren Vertreter aus allen Gruppen der deutschen Industrie anwesend. Von den geladenen Gästen waren außerdem erschienen: Mitglieder der Reichsregierung, besonders des Reichswirtschaftsministeriums, sowie zahlreiche Mitglieder der einzelnen Landesregierungen; außerdem war anwesend eine Reihe von Mitgliedern des Wirtschaftsrats beim Reichsministerium.

Die unendlich schwierigen Vorarbeiten, die der endgültigen Konstituierung der Zentralarbeitsgemeinschaft für Industrie und Gewerbe entgegenstanden, waren im Herbst 1919 endlich soweit behoben, daß der Termin für die hierfür notwendige Verhandlung festgesetzt werden konnte. Wenn die Verhandlung trotzdem erst am 12. Dezember stattfand, liegt das zum größten Teil an äußeren Umständen, die mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Schon beim im November angeordnete Verkehrsperre auf der Eisenbahn verzögerte die Erledigung der ganzen Angelegenheit um 4 Wochen. Diesem Umstand und des weiteren der Tatsache, daß in vielen Unternehmerkreisen wie auch Arbeiterkreisen zunächst noch kein Bewußtsein für die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft vorhanden war, schrieb es der Arbeitgebervorsitzende, Herr v. Hering, in seiner Einleitung zu, daß sich die endgültige Konstituierung der Zentralarbeitsgemeinschaft so sehr verzögert hat. Redner schilderte weiter die volkswirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft und schloß seine Ausführungen,

indem er der Erwartung Ausdruck gab, daß die Arbeitsgemeinschaft die Kraft und den Einfluß gewinnen möge, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Nunmehr erhielt der Arbeitnehmersprecher, Herr Regien, Wort zu seinem Referate über Entstehung und bisherige Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Herr Regien schilderte im einzelnen die ersten Verhandlungen, die zu der bekannten Vereinbarung am 1. November und 4. Dezember führten. Redner erklärte, die Tätigkeit in der Arbeitsgemeinschaft sei nichts anderes, als die konsequente Fortführung der Tarifpolitik, die von den Gewerkschaften seit Anfang dieses Jahrhunderts betrieben ist. Die Arbeitsgemeinschaft ist nicht erst nach dem Zusammenbruch Deutschlands entstanden, sondern schon vorher abgeschlossen. Mit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft wurde neben anderem auch der Kampf verfolgt, der Gefahr vorzubeugen, die drohte, wenn nach der Mobilisierung die Arbeitermassen in das Erwerbsleben zurückzuführen. In den Arbeitgeberkreisen mußte erst die Erkenntnis durchdringen, daß ohne Mitwirkung der Arbeiterorganisationen ein Wiederaufbau unserer Wirtschaft nicht zu denken war, dieselben geneigt waren, dem Verlangen der Arbeiter auf den verschiedensten Gebieten stattzugeben.

Das zufällige Zusammentreffen des Abschlusses der Verhandlungen mit den Ereignissen des November 1918 hat großes Misstrauen in den Kreisen der Arbeiter hervorgerufen.

Bei allen Behörden, besonders bei denen, die wesentlich den Wiederaufbau unserer Wirtschaft in Frage kommen, hat die Arbeitsgemeinschaft durchaus Verständnis und Entgegenkommen gefunden.

Zu allen Vorarbeiten der Gesetze, welche sich auf die Regelung wirtschaftlicher und sozialer Fragen bezogen, ist die Arbeitsgemeinschaft zur Mitarbeit herangezogen und hat auch eifrig gearbeitet.

Redner geht auch auf die Schaffung einer selbständigen Zentralarbeitsgemeinschaft für das Transportgewerbe ein und spricht sein Bedauern über diese Gründung aus. Die Einheitlichkeit damit gestört, ohne daß deshalb die Möglichkeit geschaffen, notwendigen Arbeiten besser leisten zu können. Im Gegenteil, Schwierigkeiten, die zu überwinden sind, werden durch die Trennung nur noch größer.

Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft habe gegen diese Abspaltung protestiert, und es sei zu hoffen, daß die neue Gründung noch rückgängig gemacht werde. Ein stichhaltiger Grund für die Neueinrichtung der Zentralarbeitsgemeinschaft das Transportgewerbe bestehe nicht. Die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sei so umfangreich und schwierig, daß es nur um die Zusammenfassung aller Kräfte zur einheitlichen Organisation möglich ist, ihrer Herr zu werden.

Nach Regien sprach Direktor Hans Kraemer über die Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft in Gegenwart und Zukunft. Redner ging einleitend auf die Schwierigkeiten ein, die dem Wiederaufbau unseres ganzen Wirtschaftslebens entgegenstehen. Als das wichtigste bezeichnete er die Notwendigkeit, die Kohlenförderung zu heben, da ohne Kohle ein Wiederinstandsetzen der Industrie, d. h. Lebensnerv des deutschen Wirtschaftslebens, nicht möglich, auch wenn alle anderen Vorbedingungen erfüllt seien. Redner bezeichnete es als äußerst rätselhaft, daß die Eisenbahnverwaltung, die zurzeit nur etwa 38 Proz. der Friedensleistung vollbringt, trotzdem über 90 Proz. des Kohlenverbrauchs in Friedenszeiten beansprucht. Wie das möglich und worauf dieser Uebelstand zurückzuführen ist, sei trotz aller Mühe bisher noch nicht geklärt. Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft habe, um die Möglichkeit einer stärkeren Heranziehung von Arbeitskräften für die Kohlenförderung zu verwirklichen, den Gedanken eines Mitgliedes des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft weiter verfolgt, wonach durch den Bau von Bergmannshäusern nach bestimmtem Plan dem Kohlenbergbau etwa 150 000 Arbeiter neu zugeführt werden. Wenn dieser Plan gelingt, werde es möglich sein, jährlich mindestens 30 Millionen Tonnen Kohle mehr zu fördern. Damit sei der Bedarf an das gesamte deutsche Erwerbsleben soweit gedeckt, daß die Kohlenfrage keinerlei Schwierigkeiten mehr bereite. Redner ging weiter darauf ein, daß die für unsere Volksernährung ausschlaggebende Landwirtschaft durch ausreichende Zuführung von künstlichem Dünger in die Lage versetzt werde, ihrer Aufgabe gerecht zu werden. Zu dem Zweck muß die Stickstoffindustrie, die für die Herstellung von künstlichem Dünger ausschlaggebend ist, in ausreichendem Maße mit Kohle beliefert werden.

Sodann erwähnte Redner noch den vor einigen Tagen veröffentlichten Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend die Zusammensetzung des vorläufigen Reichswirtschaftsrats. Hier sei es notwendig, daß die Vertreter der Industrie Stellung nehmen und veranlassen, daß der Industrie im vorläufigen Reichswirtschaftsrat

Wirtschaftsrat mehr Sitze eingeräumt werden, als dies die Vorlage vorsieht. Die geringe Zahl von Vertretern, wie sie in der Vorlage vorgesehen sind, entspreche bei weitem nicht der Bedeutung der Industrie im gesamten deutschen Wirtschaftsleben.

Bei allen diesen Fragen sei ein Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern geboten, denn auf allen diesen Gebieten sind die Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die gleichen. Nur wenn dieser Gedanke richtig erfasst und konsequent verfolgt werde, sei ein Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens zu vermeiden, und der Zusammenbruch des deutschen Wirtschaftslebens führe zu unabsehbaren Konsequenzen für die Weltwirtschaft.

Nunmehr erhielt der Reichswirtschaftsminister Schmidt das Wort und ging in längeren Ausführungen auf die Rede des Herrn Direktor Kraemer ein. Der Minister führte aus, daß bei dem Mangel an geförderter Kohle eben an allen Stellen bei der Zuzwendung von Kohle gespart werden müsse; aber jede Stelle erkläre, sie dürfe nicht minder beliefert werden, da sie am aller notwendigsten für die deutsche Wirtschaft sei. Allen diesen Anforderungen gerecht zu werden, sei aber angesichts des Kohlemangels unmöglich. Im Hinblick darauf sei es ein äußerst schwieriges Problem, die vorhandene Kohle so zu verteilen, wie es der Gesundheit unseres Wirtschaftslebens am besten entspricht. Auf Grund der Tatsache, daß die Kohlenförderung im Zunehmen begriffen sei, könne erwartet werden, daß das uns zur Verfügung stehende Kohlenquantum bald wieder die Höhe der Friedensleistung erreiche, und damit werde die Voraussetzung erfüllt, die für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft notwendig ist. Bereits sei es gelungen, durch Aufstellung von Baracken die Möglichkeit zu schaffen, 30 000 Arbeiter dem Kohlenbergbau neu zuzuführen. In diesen Bemühungen werde fortgefahren, so daß wir durchaus hoffnungsfreudig in die Zukunft blicken können. Ueber den angeblich unverständlichen Verbrauch von Kohle durch die Eisenbahn könne er keine Auskunft geben, hier sei wohl eine Prüfung notwendig. Die Bedeutung der Stigstoffabrikation für die Herstellung von Kunstdünger werde im Reichswirtschaftsministerium sehr wohl gewürdigt und dementsprechend gehandelt. Bezüglich der allgemeinen Weltlage erklärte der Minister: Deutschland dürfe sich nicht mit phantastischen Eroberungsplänen auf dem Weltmarkt beschäftigen, aber es müsse unser Bemühen sein, als Gleichberechtigte gegenüber anderen auf dem Weltmarkt zu gelten. Der natürliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit sei ja nicht zu beseitigen, aber in der gegenwärtigen Zeit, wo das Wohl der Gesamtheit auf dem Spiele steht, sei es notwendig, alle Kräfte anzuspannen, um durch gemeinsame Arbeit Not und Sorgen zu beheben. Für diese gemeinsame Arbeit müsse eine Basis gefunden werden. Hierzu erscheine ihm die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft sehr geeignet. Differenzen, die ja trotz aller Bemühungen unausbleiblich sind, müssen nach Möglichkeit in friedlichem Ausgleich beseitigt werden, denn unser Wirtschaftsleben kann zurzeit keine Erschütterungen ertragen. Hier biete sich ein großes Feld für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft, und könne er deshalb das Streben der Arbeitsgemeinschaft auf das lebhafteste unterstützen.

Nach dem Reichswirtschaftsminister sprach der Wiederaufbau-minister Dr. Gehler, der auf den hohen Wert der Mitarbeit der Arbeitsgemeinschaft bei seiner Tätigkeit hinwies und in seinen weiteren Ausführungen erklärte, es könne keine Rede davon sein, daß beim Wiederaufbau Nordfrankreichs etwa Gewinne erzielt würden, wie bei der Herstellung von Kriegsmaterial. Davon müßten sich alle Beteiligten frei machen, nur dann werde es möglich sein, die Frage des Wiederaufbaus in allseits zufriedenstellender Weise zu lösen. Auch er begrüße deshalb die Arbeitsgemeinschaft und ihre Bestrebungen auf das lebhafteste.

Nachdem sprachen noch namens der Preussischen Regierung Minister Stegerwald sowie namens des Reichsarbeitsministeriums Ministerialdirektor Siefert in gleichem Sinne wie der Reichswirtschaftsminister.

Sodann wurden die Satzungen der Zentralarbeitsgemeinschaft beraten. Diese wurden nach ausführlicher und erschöpfender Begründung durch Herrn Dr. Hoff mit einer kleinen redaktionellen Änderung einstimmig angenommen. Entsprechend dem § 7 der Satzungen wurden folgende Ausschüsse zufolge des Vorschlags des Herrn Dr. Hoff eingesetzt:

1. Ausschuss für Lohn- und Arbeitsbedingungen;
2. Ausschuss für sozialpolitische Gesetzgebung, einschließlich Arbeiterversicherung;
3. Ausschuss für Wirtschaftspolitik;
4. Ausschuss für Rohstoffversorgung;
5. Ausschuss für Kohlen- und Verkehrsfragen;
6. Ausschuss für Steuerfragen;

7. Ausschuss zur Durchführung des Friedensvertrages;

8. Ausschuss für die Angelegenheiten der Arbeitsgemeinschaft selbst, namentlich für die Satzungen.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse ist in der Weise vorgesehen, daß jede Reichsarbeitsgemeinschaft einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer entsendet, außerdem entsendet der Zentralverband einen Arbeitgeber und einen Arbeitnehmer als Vorsitzende. Bei der Verteilung der Vertretungen in den Ausschüssen wird auf Arbeitgeberseite eine angemessene Vertretung des Handwerks berücksichtigt werden. Nach kurzer, unwesentlicher Debatte wurde, wie schon oben bemerkt, mit einer kleinen redaktionellen Änderung den Vorschlägen des Herrn Dr. Hoff zugestimmt, und damit die Satzungen als beschlossen.

Nunmehr folgte die Debatte über die vorhergehenden Reserate der Herren Kraemer und Legien. Es beteiligten sich daran insbesondere die Herren: Generaldirektor Wögler (Montanindustrie), Bruns (chemische Industrie), Landrat v. Raumer (elektrotechnische Industrie), Döffler (Bergarbeiter), Dr. Frank (chemische Industrie), Sachse (Bergarbeiter), Fritsche (Textilarbeiter).

Zwischendurch wurde ein Antrag angenommen, wonach die versammelten Vertreter der deutschen Industrie gegen die zu geringe Berücksichtigung der deutschen Industrie in der Vorlage des Reichswirtschaftsministeriums, betreffend den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, Einspruch erheben.

Damit war die Tagesordnung der Konferenz erledigt. Am Schluß der Sitzung teilte der Vorsitzende Legien mit, daß im Laufe der Verhandlungen von allen Reichsarbeitsgemeinschaften die von diesen zu benennenden Zentralvorstands- und Zentralausschussmitglieder benannt sind. Auch die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ihre Vertreter für Vorstand und Ausschuss ernannt, so daß damit Zentralvorstand und Zentralausschuss konstituiert sind. Die Namen der Mitglieder werden im nächsten „Mitteilungsblatt“ der Zentralarbeitsgemeinschaft veröffentlicht.

Der Vorsitzende hob in seinen Schlußbemerkungen nochmals die hohe Bedeutung der Arbeitsgemeinschaft hervor. Die gemeinsame Lösung allgemeiner Aufgaben, zu der sich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen zusammengesetzt haben, hebe nicht etwa die Eigenart jeder dieser Organisationen auf; im Gegenteil, die Arbeitgeberorganisationen wie auch die Arbeitnehmerorganisationen behalten ihre vollständige Selbständigkeit, um die beiderseitigen, verschieden gelagerten Interessen ihrer Auftraggeber wahrnehmen zu können. Wenn sich alle bemühen, die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft zu fördern, dann werden auch die großen Aufgaben der Arbeitsgemeinschaften, trotz aller Schwierigkeiten, erfüllt werden können.

Damit schloß der Vorsitzende die erste Sitzung des Zentralausschusses.

Aus unserem Berufe.

Die Lage der feinkeramischen Industrie wird in einer Notiz der „Porz.- und Glasblg.“ beleuchtet, in der die Händler ihr Urteil über das Weihnachtsgeschäft abgeben. Es wird dort gesagt, daß das Weihnachtsgeschäft gut war, manche Firmen sagen sogar, zu gut, weil sie ihre Lager vollständig räumen mußten. Die Wiederauffüllung der Lager ist heute nicht nur sehr schwierig, sondern auch bei den ständig steigenden Preisen immer kostspieliger. Im einzelnen wird dann gesagt:

In Porzellan waren die geringen Lagerbestände bald vergriffen; denn hier sind die Lieferungen der Fabriken so unbedeutend, daß man mit Recht sagen kann, man lebt von der Hand in den Mund. Eingetroffenes Porzellan war kaum in den Regalen untergebracht, so hatte es schon seine Käufer gefunden, von Gebrauchsgeschirren nicht zu reden. Kaffee- und Speisefervice waren meistens schon festbestellt und kamen aus der Bahnkiste sogleich in die Wohnung des Kunden.

Steingut (Feinsteingut), Vasen, Körbchen, Bonbonieren, Obstgarnituren usw., dekoriert, auch kleine Frühstücksservice in Feinsteingut wurden als kleinere Geschenke viel verlangt. In diesen Gegenständen waren auch in den meisten Firmen schöne Zusammenstellungen und gute Auswahl vorhanden. Waschgarnituren sind und bleiben ein rarer Artikel.

Zusammenwirken der deutschen mit der tschecho-slowakischen Porzellanindustrie. Am 23. Januar d. J. fand in Karlsbad eine Zusammenkunft deutscher und tschecho-slowakischer Porzellanindustrieller statt, in der über ein Zusammenwirken beraten worden ist.

Hüttensteinach. Nach einem dreitägigen Streik der hiesigen Porzellanarbeiter kann nun berichtet werden, daß selbiger beigelegt ist. Eine Anzahl Unorganisierter wollte der Aufforderung der Arbeiterschaft, unserem Verbands beizutreten, nicht Folge leisten. Ferner hatte sich ein früheres Mitglied, namens Lutzing, durch seine Ab-

meldung und agitatorische Tätigkeit gegen unseren Verband besonders hervorgetan. Im folgenden sofort durch Abmeldung zwei weitere Mitgliederfrauen. Um weiteren Abmeldungen und einer Zerspaltung der hiesigen Arbeiterschaft vorzubeugen, wurde Stellung dazu genommen und der Firma Schoenau der Beschluß zugestellt, daß die organisierte Arbeiterschaft nicht länger mit diesen Leuten zusammenarbeitet. Der Entlassung der Unorganisierten glaubte die Firma nicht stattgeben zu können auf Grund ihres Arbeitgeberverbandes, und so sah sich die Arbeiterschaft gezwungen, die Arbeit niederzulegen.

Die Verhandlungen haben nun ergeben, daß sich sämtliche Unorganisierten zum Verbandsangemeldet haben, nur Pader Buzhing konnte sich bis zur letzten Stunde nicht beugen. Seinen Wünschen folgend, fanden mit ihm wiederholt Sitzungen statt, um die Sache so schnell als möglich auf friedlichem Wege zu schlichten, aber kurz zuvor, wo die Arbeiterschaft über das Verhalten des Buzhing abermals entscheiden sollte, gab er im Beisein unserer Gauleitung folgende Erklärung ab:

„Ich bedauere, daß ich durch meine Agitation gegen den Porzellanarbeiterverband und mein sonstiges Verhalten den Kollegen Anlaß zum Streik gegeben habe. Ich verspreche, mich zukünftig zu befleißigen, dem Porzellanarbeiterverband und insbesondere meinen Kollegen keinerlei Schwierigkeiten mehr zu bereiten. Ich bitte, meine Abmeldung als ungeschehen zu betrachten und mich im Porzellanarbeiterverband als Mitglied weiter zu führen.“

Durch einstimmige Annahme dieser Erklärung wird daraufhin der Streik für beendet erklärt. Dieser Beschluß wurde der Direktion vorgelegt und erklärt sich selbige damit einverstanden. Maßregelungen finden nicht statt. Es können Arbeiter und Arbeiterinnen an ihre Plätze zurückkehren. Kollegen und Kolleginnen! Ihr habt nun dadurch bewiesen, daß nur ein fester Zusammenschluß Euch zum Ziele verhelfen kann. Macht es Euch nun zur Pflicht, daß Ihr weiter danach handelt; denn so können wir nur etwas erreichen und vorwärts kommen.

Wengersgerenth. Uns geht von dort eine längere Epistel zu, in der lebhaft Klage geführt wird über einen Denunzianten, der in hiesiger Porzellanfabrik sein Unwesen treibt. Wir meinen, bei einem Betriebspersonal, das einigermaßen für sein Recht einzutreten weiß, muß es ein Leichtes sein, solchen Stuzon abzuschütteln, ohne in der Öffentlichkeit ein Geräusch zu verursachen. Uebrigens können wir uns nicht gut denken, was denn ein solcher Schuft noch der Firma hinterbringen will. Was die Arbeiter wollen, ist doch kein Geheimnis: das wird vor aller Öffentlichkeit erörtert. Mit der Denunziation, daß der and jener dem Verbandsangehörig, ist doch heute auch kein Geschäft mehr zu machen. Wir sind fest überzeugt, daß für das Denunziantenpaar die Konjunktur niemals ungünstiger sein konnte, als jetzt. Wo das noch nicht der Fall, liegt es weniger am Unternehmer, der auf Zuträgereien glaubt nicht verzichten zu können, liegt es auch weniger an den Denunzianten, die sich mit ihren Zuträgereien glauben eine Stufe in den Himmel bauen zu können, sondern liegt es vielmehr am gesamten Betriebspersonal, das für solche Schmaraber noch einen Nährboden abgeben kann. Wenn wirklich nur ein Exemplar von der Sippe der Denunzianten dort vorhanden, dann muß es ein Leichtes sein, mit diesem bald fertig zu werden.

Roßach. Wie aus dem Mundschreiben des Unternehmerverbandes zu ersehen (siehe Nr. 2, „Ameise“, 1920), soll Facharbeitern, sofern dieselben im Betriebsinteresse oder aus anderen Gründen, oder um einer Arbeitslosigkeit vorzubeugen, in einer anderen Sparte des Betriebes beschäftigt werden, der Stundenlohn für Facharbeiter gewährt werden. Weil unsere Betriebsleitung sich nicht dazu verstehen konnte, diese Bestimmung innezuhalten, bei der lang andauernden Arbeitslosigkeit dieses aber immer dringender notwendig wurde, mußte der Arbeiterausschuß beauftragt werden, diesbezüglich vorstellig zu werden. Ein Erfolg wurde leider nicht erzielt. Die Betriebsleitung nahm aber noch Neueinstellungen von Arbeitern vor, obwohl die alten Arbeiter nicht beschäftigt werden konnten. Ob solcher Rücksichtslosigkeit gegen die alten Arbeiter gerieten diese begreiflicherweise in Erregung. Der Arbeiterausschuß wurde sofort beauftragt, eine Sitzung einzuberufen und den Betriebsleiter Herrn Paritz dazu einzuladen. Während der Arbeiterausschuß zur Sitzung versammelt war, demonstrierte das gesamte Betriebspersonal im Hofe. Als Herr Paritz das sah, fragte er, was die Arbeiter wollen. Ihm wurde entgegnet, daß das Resultat der Ausschußsitzung abgewartet wird. Darauf erklärte Herr Paritz, der Arbeiterausschuß solle eine Stunde später kommen, so lange die Arbeiter auf dem Hofe versammelt sind, unterhandle er nicht. — Nun — für dieses Mal läßt die Arbeiter von Weiterungen ab. Die Neueinstellungen werden aus Rücksicht gemacht. In Zukunft dürfte Herr Paritz richtiger handeln, wenn er die berechtigten Klagen des Arbeiterausschußes nicht anders zu beurteilen, um Weiterungen zu vermeiden. Die Arbeiter und Kollegen in Roßach werden aber am Verlauf dieser Angelegenheit ermessen können, wie notwendig der enge Zusammenschluß ist. Wenn berechtigten Klagen der Arbeiterschaft Gehör gegeben werden soll, ist es schon notwendig, daß die ge-

samte Arbeiterschaft den größten Nachdruck auf ihre Forderungen legen kann. Deshalb — seid einig und geschlossen und jeden Moment bereit für Eure gute und gerechte Sache einzutreten, wenn es notwendig werden sollte. Unsere Lage wird in diesen bitteren Zeiten ohne Zweifel von Tag zu Tag drückender. Nur straffster Zusammenhalt kann das größte Unglück abwenden.

Auszeichnung. In der Porzellanfabrik C. Zielsch & Co., Marienwerder, wurden auch an diesem Silvester, wie alle Jahre, Arbeiter und Angestellte für langjährige treue Dienste ausgezeichnet. Es erhielten je ein Sparschneidbuch mit 20 bis 100 Mk. Inhalt: weibliche Arbeiter: drei für 10 jährige Dienstzeit, zwei für 15 jährige, fünf für 20 jährige und zwei für 25 jährige Dienstzeit; männliche Arbeiter und Angestellte: einer für 25 Dienstjahre und zwei für 40 Dienstjahre; die letztgenannten fünf Personen wurde außerdem noch je ein Ehrendiplom ausgehändigt.

Versammlungsberichte.

Annaburg. Die Versammlung am 10. Januar b. J. wurde von Vorsitzenden 8.15 Uhr eröffnet. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßte der Vorsitzende im Namen der Verwaltung die Versammlung mit dem Wunsche, daß sie zur Verwaltung, die in der letzten Versammlung von über 100 Mitgliedern gewählt worden ist, auch Vertrauen haben. Die Verwaltung wird die Interessen unserer Gewerkschaft in jeder Weise vertreten. Wenn wir auch nicht die Not und das Elend, das uns förmlich erdrückt, beseitigen können, so aber wollen wir doch einen Teil dazu beitragen, um das Elend leichter zu überwinden. Ihr habt das Recht, von der Verwaltung zu verlangen, daß sie Euren Wünschen, soweit es möglich ist, nachkommt. Aber Ihr habt die Pflicht, wenn die Verwaltung ruft: Kommt in die Versammlung! pünktlich zu erscheinen, damit zu erkennen ist, daß wir den festen Willen haben, wahre Gewerkschaftler zu werden, bei denen es heißt: Wir wollen vorwärts stürmen. Hierauf wurde zur Tagesordnung übergegangen. Punkt 1: Verlesen des letzten Protokolls wurde in üblicher Weise erledigt. Punkt 2: Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 100 Mitgliedern. Punkt 3: Stellungnahme betreffs Angebot der Unternehmer. Zunächst gab der Vorsitzende Aufklärung, wie das Angebot aussieht und wie es von Seiten der Direktion dem Arbeiterausschuß vorgelegt worden ist. Die Paragraphen wurden vom Arbeiterausschuß ordentlich zerkleinert, so daß die Mitglieder nicht mehr im unklaren sein konnten. In der Aussprache, die seitens der Mitglieder geführt wurde, trat die Unzufriedenheit stark zutage. Was brauchen wir zu erwägen, daß wir bei diesen Löhnen zugrunde gehen; die Unternehmer läßt das kalt. Es wurde beschlossen, die Forderungen, die der Gauvorstand in Leipzig gestellt hat, zu erhöhen und der Arbeiterausschuß in diesem Sinne beauftragt, bei der Direktion vorstellig zu werden. Ferner erkennt die Versammlung mit Recht, daß die 3. Lohnklasse beseitigt werden soll, denn wir lesen in den Versammlungsberichten, daß unsere Kolleginnen in der 3. Lohnklasse um Hilfe schreien. Wenn die Unternehmer durch die Aufhebung der 3. Lohnklasse in der 2. Lohnklasse der Raum zu eng wird, dann ist in der 1. wohl noch genügend Raum vorhanden. Verschiedene Anfragen betreffs Beitragsleistung wurden vom Kassierer klargestellt.

Ferner macht der Genosse Keil die Anwesenden aufmerksam, bei den Wahlen der Elternräte für die Schulen sich vorzubereiten, und legte klar, was die Wahlen für eine Bedeutung haben. Um den Genossinnen und Genossen mit der Bibliothek entgegen zu kommen, beschloß die Versammlung, daß jeden Freitagabend von 7 bis 8 Uhr im Gesellschaftshaus Bücher ausgeliehen werden und bei wöchentlichem Benutzen zurückgegeben werden müssen. Die Versammlung verteilte das Fernbleiben der Mitglieder von den Versammlungen wegen Vergnügungen. Hierbei wurde ein Verein besonders ins rechte Licht gestellt, der sich als Sparverein „Fröhliche Weihnachten“ betitelt und keine Mitglieder zu Weihnachten mit seinen Spareinlagen erfreuen will. Der Sparkasten der zu diesem Zweck ausgehängt ist, bürgt noch lange nicht für fröhliche Weihnachten. Wir meinen, wer sparen will, der geht in den Konsumverein, dort bekommt jeder gleich seine Quittung. Es ist bedauerlich, daß immer wieder nur die Arbeiter derartige Vereine fällen und sich von Vigilanteninteressenten die Taschen leeren lassen.

Am Schlusse bemerkte der Vorsitzende, daß die nächste Versammlung Sonnabend, den 14. Februar, stattfindet, wozu die anwesenden Mitglieder aufgefordert wurden, alle Säumigen mitzubringen.

Schluß der Versammlung 11.30 Uhr.

Arschütz. Tagesordnung: 1. Lohnunterschiede und neue Forderungen. 2. Sanitätsfrage der Betriebe. 3. Kommission. 4. Bericht des Vorstandes. — Um 7.48 Uhr eröffnet Kollege Gopp die von sämtlichen Mitgliedern der Zahlstelle besuchte Versammlung und heißt die Anwesenden herzlich willkommen. Außerdem hatten sich circa 25 Personen der Firma G. F. de la Porte hier eingefunden, um sich dem Porzellanarbeiterverbande anzuschließen, wobei die dem Verbandsangehörigen stehenden Kollegen ihre Anmeldung bereits erledigt haben; denn nur ein geschlossenes Ganzes kann etwas erreichen.

Kollege Gopp gibt Bericht über die Tarifverhandlungen, welche gescheitert sind, wobei die Wirtschaftsbetriebe erörtert wurde, mit der Begründung, an derselben festzuhalten. Ferner soll kein langfristiger Tarif mehr abgeschlossen werden, sondern höchstens mit vierzehntägiger Kündigung. In seinem Bericht gibt Kollege Gopp noch die Unterschiede bekannt, welche der Arbeitgeberverband bereit ist, zu bezahlen. Kollege Graf spricht sich für einen einheitlichen Tarif innerhalb des Bezirkes aus. Kollege Köfer spricht über die Lohnverhältnisse der Firma de la Porte, wobei zur Sprache kommt, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter von 12 bis 27 Mk. pro Woche erhalten und hier nur ein geschlossenes Vorgehen Abhilfe schaffen kann. Kollege Gopp spricht über die Löhne der Arbeiterinnen bei der Firma Marbois & Wandorf und betont, daß eine Nachzahlung gefordert werden muß. Kollege Gopp ersucht um ruhige Ueberlegung beim Einreichen der neuen Forderungen, damit in der Ueberlegung nicht wieder solche Zustände eintreten können, wie bei der Abfassung des erloschenen Tarifs. Auf-

macht er darauf aufmerksam, daß nach den Bestimmungen des
stells Richtlinien mit einzureichen sind. Kollege Hopf erwidert,
die Richtlinien erst nach Genehmigung des Rätegesetzes Gültigkeit
haben. Durch Abstimmung wird beschlossen, die Richtlinien mit ein-
reichen. Es werden nun Forderungen formuliert, welche der Firma
gereicht werden sollen:

Malen, Malerinnen, Sieberinnen fordern, soweit der Mindestlohn
nicht erreicht worden ist, wöchentliche Nachzahlung des tarifmäßi-
gen Mindestlohnes.

Entscheidung bei Einschränkung der Arbeit sowie Materialmangel.
Die Arbeiter und Arbeiterinnen fordern, da kein Kohlenmangel
vorliegt, 48 Stunden Lohnzahlung oder voll arbeiten zu lassen.

Mitbestimmungsrecht nach den Richtlinien des Angestellten- und
Betriebsausschusses.

Als Facharbeiter sind sämtliche im Tarif vom 10. Dezember 1919
vorgesehenen Arbeiter und Arbeiterinnen anzusehen. Nachzahlun-
gen sind vom 2. Juni 1919 zu leisten.

Aufbesserung sämtlicher Akkord- und Stundenlöhne mit 80 Proz.
Vorläufige Zahlung der Unternehmerbedingungen bis zur Erle-
digung der neuen Forderungen rückwirkend.

Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe: Für männliche Personen
von 800 Mk.; für weibliche Personen von 700 Mk.; für ledige
Personen von 700 Mk.; für jugendliche Personen bis 16 Jahre
400 Mk., und jedes Kind bis zur Schulentlassung 100 Mk.

Anschaffung von Verbandzeug für die erste Hilfeleistung bei Un-
glücksfällen.

Punkt 2. Kollege Hopf spricht über den Arbeiter-Samariter-
bund und fordert die Anwesenden auf, sich an dem Kursus zu beteiligen.
Kollege Schwitgobial gibt bekannt, daß der erste Kursus am 7. Jan.
beginnt und spricht darüber, daß in jedem Betriebe mindestens
eine Person in dem Kursus ausgebildet wird. Kollege Röder fordert
auf, sich an der legendreichen Einrichtung zu beteiligen und er-
klärt, wie wichtig dieselbe für uns Arbeiter ist. Kollege Schwit-
gobial bringt einen Antrag auf Zahlung des Kursus durch die Zahl-
stelle in Höhe von 8 Mk. ein. Kollege Gräß ersucht, einen Antrag an
die Zahlstelle zu stellen, welcher durch Abstimmung angenommen wird.

Punkt 3. Zur Kommission zur Dauer der Verhandlungen
sind vorgeschlagen und einstimmig gewählt: 1. Kollege Hopf;
2. Sieber; 3. Schuhmann; 4. Frau Teß und 5. Schriftführer Kollege
Gräß. Kollege Hopf gibt bekannt, daß am 5. Januar 1920, mittags
10 Uhr, eine Besprechung mit Gauleiter Hoffmann in der Fabrik
stattfindet.

Zu Punkt 4 folgt eine längere Debatte über die Kündigung der
Schwitgobial, aus der hervorgeht, daß Fehler gemacht worden
sind. Der Arbeiterausschuß konnte in der Angelegenheit nichts tun,
Frau Schwitgobial ihre Kündigung nach schriftlicher Anweisung
Herrn Dr. Richter in Weimar nicht zurückgenommen hat. Kol-
lege Schwitgobial spricht seine Verwunderung darüber aus, daß von
der Zahlstelle Arnstadt noch niemals ein Bericht in die „Ameise“ ein-
gegangen ist. Von Kollegen Hopf wird der Antrag gestellt, nun
Berichte einzusenden und wird der Antrag einstimmig angenommen.
10 Uhr Schluß der Versammlung.

Berlin-Charlottenburg. Den Kollegen unserer Zahlstelle war
am 21. Januar im Rahmen unserer Monatsversammlung eine gute
Legenheit geboten, sich mit Neuorientierungen in der Arbeiter-
bewegung zu befassen und in sachgemäßer Diskussion zu erörtern. So
wie der außerordentlich fesselnde Vortrag des Genossen Reimann
des Fabrikarbeiterverband noch besser besucht sein können, der als
„Industrieverbände, Berufsorganisation und revolutionäre
Betriebsorganisation“ umfaßt. Die verständlichen und mit Beifall
genommenen großzügigen Darstellungen Reimanns seien hier in
Hauptsache knapp skizziert:

Wir sind oft geneigt, die Enttäuschung und Verleumdung des
Proletariats unseren Organisationen zur Last zu legen, wenn wir
täglich sehen, wie gut das Kapital sich der Revolution angepaßt
und immer mehr erstarkt. Wir glaubten, am 9. November 1918
Zeitpunkt der sozialistischen Verwirklichung erfaßt zu haben und ver-
urteilten die kapitalistische Wirtschaftskraft. Wir sehen jetzt, wie der
Kapitalismus unsummen verdient und der Arbeiter — sich nicht einmal
den Anzug zu kaufen vermag! Wo liegt der Fehler? Nun, wir
haben mit unseren Ideen in die Breite, berauschen uns an rofigen
Reden und verbluten im Bruderkampf. Greifen wir dieser Ent-
täuung voraus! Schaffen wir uns große, kampfkraftige Industrie-
verbände! Ein Beispiel dieser Form ist uns der Metallarbeiterver-
band, der sich früher aus reinen Berufsgruppen zusammensetzte und
durch das Erblühen der Maschinenindustrie und den damit ver-
bundenen Zustrom von ungelerten und weiblichen Arbeitern sich zum
ersten Industrieverband entwickelte. Ähnlich ließe sich u. a. auch
eine Zusammenschließung von Töpfern, Porzellanern und Glas-
bläsern zu einem kompakten Industrieverband machen. Natürlich
müßte ein solcher Verband auch Gefahren und Schäden für den Fach-
arbeiter. (Redner erläutert u. a. Beispiele in der Porzellan-, Alu-
minium-, Kunstleder- und Kunstseidenindustrie und befaßt sich auch
mit den noch sehr rückgratlosen Dienstboten, Musikern usw.) Diese
Gefahren sind die ausschlaggebenden Momente, mit Berufsorgani-
sationen vorlieb zu nehmen, und müssen beseitigt werden. Mit
Schimpfungen alterprobiert Arbeiterführer und mit Haß und Kampf
eigenen Lager erreichen wir nichts. Arbeiten wir mit äußerster
Anstrengung bei dieser Umgestaltung des Gewerkschaftslebens und vergessen
wir bei dieser entsetzlichen Bruderkampf nie den Kampf gegen die
kapitalistische Ausbeutung.

Bei Schaffung der zweiten Form im Verbandsleben, der „Fach-
verbände“ (Wäsche-, Pap-, Modeindustrie) haben die Unternehmer
die besten. Sie sind aber auch vielfach nur ein Stoßtrupp der
Kapitalisten und Angestellten, führen zur Zersplitterung und fordern
die radikalste Bekämpfung!

Die radikale Gruppe der „Revolutionären Betriebsorgani-
sationen“ erstrebt vollständige Zertrümmerung und Umgestaltung des
alten Gewerkschaftsbaues. Sie ist aber, genauer beängigt, nur ein
Rekrutendepot für die kommunistische Partei; sie offenbart sich
eine Schwächung unserer wirtschaftlichen Kampfstellung und ver-
wirrt die Köpfe der Arbeiter. Wir wollen aber Klarheit in die Ar-

beiterbewegung bringen und uns rechtzeitig auf eine frühere oder
spätere wirtschaftliche Revolution einstellen. Mehr denn je gilt
das Wort des Bürgerrevolutionärs Lessing: „Entwicklung, gehe
deinen Gang, auch wenn er krumm und dunkel ist!“

Die anschließende Diskussion gestaltete sich heftig, als die
beiden sozialistischen Richtungen ihre Ansichten kundgaben. Sie be-
wies erneut die Klust in den Herzen der Männer der Arbeit und
läßt keinen heißeren Wunsch aufkommen, als den baldigen Zusam-
menstoß. (Siehe das Schillermotto der „Ameise“!) S. R.-w.

Kahla. Am Mittwoch, den 7. Januar, hielt die Zahlstelle ihre
erste Versammlung im neuen Jahre ab, welche überfüllt war; viele
Mitglieder erhielten keinen Platz, obgleich eine große Anzahl in die
Reihen stand.

Der Vorsitzende begrüßt die Erschienenen namens der Ver-
waltung aufs herzlichste und wirft einen kurzen Rückblick auf das
vergangene Jahr, welches wir mit einer Menge unerfüllter Hoff-
nungen hinter uns ließen. Trotzdem müßte von dem verflohenen
Jahre gesagt werden, daß es nicht zuletzt den Porzellanarbeitern
mehr gebracht habe als je ein Jahr vorher. Das Bedeutendste,
was es brachte, ist, daß die Organisation mächtiger und gefestigter
bastehe denn je, und mit Hilfe der Organisation ist das Arbeitsver-
hältnis in unserem Berufe, das bisher zu den unsichersten aller Berufe
gehört, mitgezählt werden konnte, in einigermaßen geordnete Bahnen
gelenkt worden. Wenn nicht alle berechtigten Wünsche und Forder-
ungen unserer Kollegen am Orte und draußen in Erfüllung gingen,
so sei zum mindesten nicht der böse Wille der Männer des Ver-
trauens der Kollegen schuld daran, sondern der Vorsitzende behauptet,
daß alle an verantwortlicher Stelle Stehenden ihre volle Pflicht und
Schuldigkeit bezüglich der Interessenvertretung der gesamten Kollegen-
schaft im alten Jahre getan haben und es sei für ihn selbstverständlich,
daß alle auch in der Zukunft ihr Pflichtbewußtsein so auffassen
würden.

Alle Fragen sind abgetan, neue tauchen auf; sie mitlösen zu
helfen, sei aller Mitglieder Pflicht! Aus dem zahlreichen
Besuch der Versammlung schöpft der Vorsitzende die Hoffnung, daß
die Mitglieder am Orte mithelfen wollen, alle die gesamte Arbeiter-
schaft bewegenden großen Fragen zu lösen, mitzuarbeiten am Wieder-
aufbau bis zur endlichen Verwirklichung des Sozialismus.

Zu „Mitteilungen“ — Von der an die am Orte befindlichen
Unternehmer gerichteten Forderung auf Gewährung einer Wirt-
schaftsbeihilfe nimmt die Versammlung Kenntnis. Desgleichen von
der Antwort auf eine an die Altenburgische Landesversammlung ge-
richtete Petition wegen Belieferung mit den zur fortlaufenden Auf-
rechterhaltung des Betriebes der Porzellanfabriken notwendigen
Mengen Kohlen. Diese Petition war befürwortend durch das Alten-
burgische Staatsministerium an die Reichskohlenstelle weitergegeben
worden.

Im weiteren macht der Vorsitzende interessante Ausführungen
über Ursache und Wirkung der durch Verordnung der Reichsregierung
vom 30. Dezember 1919 eintretenden Erhöhungen für Mehl-, Brot-
und Kartoffelpreise. Der Vorsitzende erläutert an Hand einer Tabelle
den Preisaufbau für Brot usw. und moniert so manchen Boden in
der Preisbildung. Er verweist auf eine Notiz in den Tages-
nachrichten, nach welcher die Zentralarbeitsgemeinschaft und der VI. Ausschuß
der Nationalversammlung beschlossen haben, daß die Unternehmer
die durch die neue Preisbildung bedingte Mehrausgabe für Brot,
Mehl und Kartoffeln für ihre Arbeiter zu tragen haben. Bei dieser
Gelegenheit wird auf das Los der österreichischen Klassengenossen,
insbesondere der Wiener hingewiesen, die täglich zu Hunderten tat-
sächlich Hungers sterben.

Die Preise für die allernotwendigsten Lebensmittel sind nach
einwandfreien Berichten in Oesterreich unerschwinglich hohe und die
zum Lebensunterhalt notwendigen Gegenstände absolut unzureichend,
was das Los unserer Arbeitsgenossen dort zu einem nicht beneidens-
werten gestaltet.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes
zur Sammlung von Geldern zur Linderung der Not unserer Arbeits-
brüder in Oesterreich wird auch von der Versammlung unterstützt und
wird einstimmig beschlossen, Sammellisten in den Betrieben in Um-
lauf zu setzen, und dem Ergebnis der Sammlung 100 Mk. aus dem
12-Proz.-Fonds hinzuzufügen.

Anstellung eines Lokalbeamten betreffend, beschließt die Ver-
sammlung nach längerer sachlicher Aussprache, sich im Prinzip mit der
Anstellung eines Geschäftsführers einverstanden zu erklären. Der
Verwaltung wird aufgetragen, die weiteren notwendigen Schritte zur
endgültigen Erledigung dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Zu Punkt Lohnstarif betreffend, verweist der Vorsitzende auf
den Bericht in der „Ameise“ und bringt er den Vertragsentwurf der
Unternehmer zum Vortrag. Die Versammlung unterzieht diesen Ver-
trag einer eingehenden und sachlichen Kritik und bringt zum Ausdruck,
daß das, was die Unternehmer in diesem Vertragsentwurf bieten,
nicht im entferntesten den gegenwärtigen enorm teuren Verhältnissen
Rechnung trägt, weshalb das Angebot abgelehnt wird und entsprechend
weitergehende Forderungen der Verbandsleitung zur Vertretung bei
den neuen Verhandlungen übermittelt werden.

Als hervorstehendes Moment muß es bezeichnet werden, daß
in der ausgedehnten Debatte über den künftigen Tarif alle Redner
zur Einigkeit und Geschlossenheit mahnten und dem Verband Treue
gelobten.

Mit dem Schlußsatz aus dem Marxschen „Kommunistischen Ma-
nifest“: „Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommenden kom-
munistischen Revolution zittern, die Arbeiterklasse hat nichts zu
verlieren als ihre Ketten, sie hat nur eine Welt zu gewinnen. Pro-
letarier aller Länder, vereinigt Euch!“ schloß der Vorsitzende 1/12 Uhr
die Versammlung.

Margarethenhütte. Auch in unserer ziemlich 400 Mitglieder
zählenden Zahlstelle scheint es sich langsam zu regen. Das erkennt
man am besten daran, daß sich an der am Donnerstag, den 8. Januar,
in Arothes Gasthof abgehaltenen Versammlung annähernd 250 Mit-
glieder beteiligten. Ein Ereignis, was bisher in unserer Zahlstelle
unbekannt war. Der Vorsitzende, Kollege Lepitre, eröffnete die Ver-
sammlung und gab auch seiner Freude über den zahlreichen Besuch
Ausdruck. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Ge-

Wirtschaftsbeihilfe. 2. Anträge. 3. Beschwerden. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 verlas der Vorsitzende einige Schreiben, betreffend die Wirtschaftsbeihilfe, vom Hauptvorstand und Gauleiter, aus welchen ersichtlich war, daß in allen Firmen mehr gezahlt wurde als bei unserer. (Hier wurde ein Wochenlohn bewilligt.) Der Arbeiterausschuß war deshalb nochmals vorstellig geworden, und es wurde ihm von der Direktion zugesichert, daß dieselbe geneigt sei, im Laufe der nächsten Woche darüber zu verhandeln. Sodann wurde das Unternehmerangebot und die Forderung unseres Hauptvorstandes vorgelesen. Hierüber kam es zu einem starken Meinungsaustausch, welcher dahin gipfelte, daß das Unternehmerangebot und auch die Forderung unseres Hauptvorstandes als viel zu gering angesehen wurden. Auf Antrag eines Kollegen wurde beschlossen, eine Resolution an unseren Hauptvorstand abzusenden, in welcher ersucht wird, die Forderungen neu zu formulieren und höher zu setzen. Der Antrag und folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die organisierte Arbeiterschaft der Margarethenhütte ersucht den Hauptvorstand des Porzellanarbeiterverbandes, die von ihm zu den vor Weihnachten geschickten Tarifverhandlungen aufgestellten Forderungen neu zu formulieren und höher zu gestalten, und begründet dasselbe damit, daß erstere aufgestellt wurden zu einer Zeit, wo die Lebensmittelpreise bei weitem noch nicht die Höhe hatten, als wie jetzt.“

Alsdann wurden noch verschiedene betriebliche Angelegenheiten besprochen und geregelt, worauf mit einer Bitte an die Kollegen und Kolleginnen, in allen Versammlungen so zahlreich zu erscheinen wie in der heutigen, der Vorsitzende die ziemlich erregt verlaufene Versammlung schloß.

Wörsch. Die Zahlstelle veranlaßte für den 3. Januar 1920 eine Betriebsversammlung im Gewerkschaftslokale, die außerordentlich gut besucht war. Die Mitteilung vom Scheitern der Tarifverhandlungen zeigte keine Wirkung. Kollege Dreischl eröffnete die Versammlung mit einleitenden Worten und erteilte dem Vorsitzenden der Zahlstelle das Wort, welcher zu Punkt „Stellungnahme zur Tariffrage“ u. a. ausführte, daß die Unternehmer in bezug auf die ohnehin minimalen Forderungen so gut wie keine Zugeständnisse machten, so daß die Verhandlungen von vornherein scheitern mußten.

Bei der bestehenden Notlage der Arbeiter sei solches Gebaren beinahe eine Provokation der Arbeiterschaft zu nennen, und das Gefühl sagt es den Porzellanern, daß es den Herren vom Geldsack einmal um eine richtige Kraftprobe zu tun ist. Die Ausführungen verschiedener Kollegen unterstrichen diese Tatsache und es sei bestimmt zu erwarten, daß eine solche Lage die Arbeiter geschlossenere als je macht. Unsere Firma könne diese Geschlossenheit bereits in Sache der Angelegenheiten bemerkt haben. Aus der Teufelsaat früherer Maßregelungen und Ausbeutung ist eine wurzelfeste Organisation entsprossen, die für hiesige Verhältnisse kräftig genug ist, Wandel zu schaffen.

Eine aufgestellte Forderung fand seitens der Anwesenden Zustimmung, bekräftigt durch Zurufe, daß nicht ein Sota abgegangen werden darf; denn es stehe die Existenz der Arbeiterschaft auf dem Spiele. Besonders sei die wirtschaftliche Beihilfe in geforderter Höhe am Platze, weil die wenigen Ersparnisse (!), welche die zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen von ihrer jämmerlichen Wohnung gemacht, zugesetzt seien.

Unsere Firma habe sich in diesem Punkte nie wehgetan, obwohl es an guten Beispielen seitens lokaler Industrieller und Geschäfte gewiß nicht gefehlt habe. — Bis Ende 1918 wurden erbärmliche Löhne bezahlt an die beschäftigten Arbeiter, bei selbst von der Firma anerkannten guten Konjunktur.

Der letzte Vertrag habe erst einigermaßen einen Ausgleich geschaffen. Freilich fiel solcher Übergang der Firma schwer auf die Nerven.

Da es sich fast durchweg um seit langen Jahren beschäftigte Arbeiter handelt und diese einmal mehr als die üblichen Brosamen verlangen, so sei das nach der tatsächlich bestehenden Notlage gewiß nicht unbillig.

Man solle nicht verkennen, daß ein gut Teil des Ansehens der Firma, welche jetzt neuen Anstrich erhält, vor allem diesen bewährten Arbeitern zu verdanken ist, und danach zu handeln verstehen.

Nachdem die anwesende Nebenorganisation der christlich-keramischen Arbeiter ihre Zustimmung zu dem von unserer Zahlstelle beschlossenen Vorgehen gegeben und erklärt hatte, sich in allen Lagen voll und ganz auf unsere Seite und Führung zu stellen, schloß Kollege Dreischl die Versammlung.

Kobach. Unsere am 8. Januar 1920, abends 8 Uhr, im „Gasthof zum Löwen“ stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider wieder sehr schwach besucht. Trotz der vielen Ermahnungen vom Vorstand, die Versammlungen besser zu besuchen, halten es die Mitglieder nicht der Mühe wert, an den Versammlungen teilzunehmen. Dieselben glauben immer noch, daß es auch ohne sie geht, aber sie sollten den Spruch beherzigen, welcher mit Recht am Kopse der „Ameise“ steht:

„Immer strebe zum Ganzen und laßst Du selber kein Ganzes werden, als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an.“

Die Versammlung wurde um 8½ Uhr vom Vorsitzenden Ernst Stammberger eröffnet und zu Punkt 1 Verlesen des Protokolls, erhielt Kollege H. Grabert als Schriftführer das Wort. Da keine Einwendungen erfolgten, wurde das Protokoll für genehmigt erklärt. Zu Punkt 2, Wirtschaftliche Beihilfe, ernannte Kollege D. Herr einer ausführlichen Bericht zu lesen, welchen Revisor A. Stredter und M. Kranger erläuterten die Fasse in bester Ordnung und wurde deshalb dem Kasse eine einstimmige Entlastung erteilt. Zu Punkt 3, Rückblick auf die im Jahre 1919 stattgefundenen Lohnbewegungen, nahm der Vorsitzende das Wort. Derselbe weist darauf hin, daß nur durch ein Zusammenarbeiten mit unserer Verbandsleitung es möglich war, die jetzigen Löhne zu erreichen. Punkt 4, Stellungnahme, betreffend die geschickten Tarifverhandlungen in Leipzig. Es gelangt ein Rundschreiben vom Arbeitgeberverband an seine Mitglieder zur Kenntnis der Versammlung. An der sich anschließenden Debatte, woran sich mehrere Kollegen beteiligten, wird folgende Resolution an den Hauptvorstand angenommen:

Die am 8. Januar 1920, abends 8 Uhr, im „Gasthof zum Löwen“ stattgefundene Monatsversammlung der Porzellanarbeiter Zahlstelle Kobach erklärt sich mit der Stellung der Verbandsleitung bei den gescheiterten Tarifverhandlungen einverstanden und ermahnt noch, daß diese Anträge mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln durchgeführt werden.

Ferner fordert die heutige Versammlung, daß Stundenarbeiter die volle drei Jahre in einer Beschäftigungsparthe tätig sind, Facharbeiter anzuerkennen sind.“

Zu Punkt Verschiedenes sollen die 2 Aufrufe in der „Ameise“ Nr. 1 Berücksichtigung finden, und zwar für den Kollegen Lipien Brattendorf wird eine freiwillige Sammlung vorgenommen und Betrag demselben zugestellt, ferner für Kollegen Harburger Hirschau ein Betrag von 10 Mk. aus dem 12-Proz.-Fonds.

Da sich ein Unterkassierer noch nötig macht, wird als solcher Kollege Aug. Schultheis einstimmig gewählt.

Durch Beschluß des Arbeiterausschusses wurde die bestellte Urlauberkasse aufgehoben und der Betrag dem Lokalfonds übertrugen, ebenso die Fabrikvereinskasse, beide ergeben einen Betrag 94,64 Mk.

Nachdem noch verschiedene Anfragen, betreffend Stiftung erfolgten, wurde gegen 11 Uhr die Versammlung geschlossen.

Schlierbach. Am 11. Januar fand im Gasthof „Zum Fürstlichen Hof“ eine ziemlich gut besuchte Versammlung statt. Auf Tagesordnung standen folgende Punkte: Verlesung des Protokolls, Festsetzung der Mindestlöhne und Verschiedenes.

Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Kollegen J. J. Helm, übergab er dem Schriftführer, Kollegen Theodor Reuel, das Wort zur Verlesung des Protokolls. Da kein Widerspruch erfolgte, erklärte der Vorsitzende es für richtig. Hierauf kamen wir zu Punkt Festsetzung der Mindestlöhne. Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband in Leipzig liegt nun die Entscheidung an den einzelnen Verwaltungen, ihre Löhne festzusetzen. Durch die neu geschaffene Lage ist es unsere Pflicht, mehr denn je zusammenzustehen und mit allem Nachdruck dem Arbeitgeberverband entgegenzutreten. Nachdem eine Vorstandssitzung unter Zuziehung des Arbeiterausschusses vorangegangen war, die die Forderungen bis zum kleinsten festsetzte, wurden sie der Versammlung vorgetragen und derselben einstimmig angenommen. Hoffentlich führen auch die Verhandlungen mit der Direktion, die voraussichtlich in dieser Woche stattfinden, zu einem guten Erfolg. Die Aufstellung des Lohnniveaus vom Hauptvorstand zur Verhandlung in Leipzig wurde von der Versammlung schwer gerügt, da er in keinem Verhältnis zu den heutigen Verhältnissen steht. Der Abbruch der Verhandlungen wurde auch diesem Sinne gutgeheißen. Der Vorstand verlas dann ein Rundschreiben vom Hauptvorstand, betreffs Wirtschaftsbeihilfe, woraus ersichtlich ist, daß eine Anzahl Betriebe ihren Arbeitern eine Beihilfe gewährt haben. Hinsichtlich dieser Forderung sind die Kollegen immer auf großen Widerstand gestoßen. Von Seiten des Inhabers wurde uns schon erklärt: „Er würde gerne helfen, aber er darf nicht.“ Der Arbeitgeberverband schreibt ihm vor, was er zu zahlen hat. Die Kollegen haben aber erneut diese Forderung wieder aufgestellt und werden auch mit allem Nachdruck daran arbeiten. Der als Gastwirt bekannte Genosse Ungermann vom Holzarbeiterverband, tätig in der Möbelfabrik Neuenhütten, die ebenfalls zu unserem Betrieb gehört, erstattete uns Bericht über ihre Lohnverhandlungen mit der Direktion, die sich auch auf den Standpunkt stellt: Ich darf nicht mehr geben, laut Vereinbarungen der Arbeitgeber im Kreise Gelnhausen.

Somit kamen wir dann an Punkt Verschiedenes. Kollege Schbach machte längere Ausführungen über das verlaufene Jahr 1919 betreffs gewerkschaftlicher und politischer Organisation. Kollege Grabert las seinen Bericht über den Stand der Zahlstelle und Massenbestimmung. Die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Kollegen wurden herzlich willkommen geheißen, in der Hoffnung, daß alle unsere Kollegen, die ebenfalls noch in der Gefangenschaft schmachten, recht bald in unseren Reihen erscheinen mögen. Betreffs des Aufrufs in der „Ameise“ über die Notlage unserer Kollegen in Oesterreich wurde vom Vorstand eine Gabe von 200 Mk. vorgeschlagen und bewilligt. Die Versammlung wurde alsdann nach Erschöpfung der Tagesordnung um 5 Uhr geschlossen.

Siezdorf. Die Arbeiterausschüsse der Porzellanfabrik Siezdorf und Unterweißbach hielten am 26. Dezember 1919 gemeinsame Sitzungen ab und formulierten nachstehende Forderungen an ihre Betriebsleitungen. In einer am 2. Januar abgehaltenen Versammlung wurden diese Forderungen den Mitgliedern mitgeteilt und zur Annahme empfohlen. Einstimmig wurde beschlossen, die Forderungen einzureichen.

Forderungen der Zahlstellen Siezdorf und Unterweißbach an die Firmen Alfred Voigt, Siezdorf, und Mann & Porzels, Unterweißbach:

1. Die Wirtschaftsbeihilfe, so wie dieselbe vom Verbandsvorstand in Vorschlag gebracht worden ist, jeder Kategorie um je 100 % zu erhöhen.
2. Jede Arbeitslosigkeit resp. jeder Lohnausfall soll vom Arbeitgeber getragen werden.
3. Nachstehenden Lohnniveaus anzuerkennen:

Facharbeiter		Facharbeiterinnen	
bis 15 Jahre	60 Pf. pro Stunde;	bis 15 Jahre	50 Pf. pro Stunde;
von 15 bis 16 Jahren	80 Pf. pro Stunde;	von 15 bis 16 Jahren	60 Pf. pro Stunde;
von 16 bis 18 Jahren	140 Pf. pro Stunde;	von 16 bis 18 Jahren	110 Pf. pro Stunde;
über 20 Jahre	260 Pf. pro Stunde;	über 20 Jahre	180 Pf. pro Stunde;

Hierzu kommen noch die 25 Proz. in Anrechnung, die Mehrverdienst für den Akkorbarbeiter gedacht waren.

Sonstige Arbeiter		Sonst. Arbeiterinnen	
bis 15 Jahren	60 Pf. pro Stunde;	bis 15 Jahren	50 Pf. pro Stunde;
von 15 bis 16 Jahren	80 Pf. pro Stunde;	von 15 bis 16 Jahren	60 Pf. pro Stunde;
von 16 bis 18 Jahren	130 Pf. pro Stunde;	von 16 bis 18 Jahren	90 Pf. pro Stunde;
von 18 bis 20 Jahren	180 Pf. pro Stunde;	von 18 bis 20 Jahren	120 Pf. pro Stunde;
über 20 Jahre	240 Pf. pro Stunde;	über 20 Jahre	160 Pf. pro Stunde;

Die Maschinisten und die Fabrikmaurer in die Lohnstufe von 20 Pf. pro Stunde und in den Genuss der Wirtschaftsbeihilfe mit einzurechnen.

4. Wer 3/4 Jahr im Betrieb beschäftigt ist, ist als Facharbeiter zu betrachten. Als Facharbeiter sollen gelten: Modelleure, Stoucheure, Abgießer, Einrichter, Formgießer, Former, Gießer, Maler, Beleger und Belegerinnen, Garnierer und Garniererinnen, Spielmacher, Dreher, Schleifer, Glaser, Brenner, Tippler, Schmiedler, Hilfsbrenner, Fondsprüfer, Drucker und Druckerinnen, Friseur, Friseurinnen, Bader und Baderinnen, Massmüller, Gipsmüller und Friseur.

5. Unentgeltliche Lieferung von Arbeitsmaterialien.
6. Zu- und Abtragen von fertigen Arbeiten.
7. Alle im Betriebe vorkommenden Verhältnisse (insbesondere Reinigen der Arbeitsräume) zugunsten der Arbeiter zu regeln.
8. Einen einheitlichen Urlaub von 14 Tagen unter Auszahlung des vollen Verdienstes zu gewähren.
9. Wer beim Porzellanarbeiterverband organisiert ist, gleich welcher Kategorie, hat volle Pflichten und demgemäß auch gleiche Rechte.
10. Änderungen bleiben uns während der vertragslosen Zeit vorbehalten.

Verwaltungen und die Ausschüsse der Zahlstellen Eizenbors und Unterweiskbach.

Kollegen und Kolleginnen! Den wirtschaftlichen Verhältnissen gemessen, haben wir keine zu hohen Forderungen eingereicht. Es sind schon so viele Beispiele in allen Blättern angeführt worden, daß sich erübrigt, ein neues Beispiel anzuführen. Nur das eine: Wir wissen aber, daß die Arbeiter des Thüringer Waldes möglichst unten bleiben sollen in ihren Verdiensten. Und, Kollegen und Kolleginnen, Millionen von Arbeitern erstreben Gleichberechtigung der Menschen. Auch wir wollen dazu gehören, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, und darum ersuchen wir euch: Habt ein jeder acht und helfe ein jeder, daß wir lichterem Höhen entgegengehen. Das ein besonderes Licht auf eine Arbeiterschaft wirft, ist sein Kampf auf dem Thüringer Wald, die Arbeitszeit freiwillig zu verlängern, daß sie selbst, trotz 8stündiger Arbeitszeit, die Arbeit freiwillig verlängert. Arbeitet 8 Stunden und in den 8 Stunden fleißig und gewissenhaft, dann langt es vollständig in einer Porzellanfabrik heraus, wenn Feierabend und pünktlich hinein. Besucht die Versammlungen, und dort kann jeder seine Beschwerden anbringen zu Hilfe und Hilfe für jeden einzelnen.

Hugo Schuster.

Steinach-Lauscha. Am 11. Januar fand im Bahnhofshotel zu Lauscha eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Rechnungsvorlage für das 4. Quartal 1919. 2. Bericht. 3. Wirtschaftsbeihilfe. 4. Anstellung eines Lokalbeamten. 5. Lokalbeitrag für Unterklassierer. 6. Verschiedenes.

Die Versammlung war leider nicht so besucht, wie man der Tagesordnung halber erwartet hatte. Es ist leider sehr zu bedauern, daß ein Teil der Kolleginnen noch immer mehr Sinn für die Angelegenheiten und Taten haben, statt ihre Interessen in den Versammlungen zu vertreten. In dem Betriebe immer über alles zu rasieren, ist ihre größte Kunst, aber die Versammlungen zu besuchen, ist ihnen Nebenache.

Der Vorsitzende eröffnete 1/3 Uhr die Versammlung und hieß die erschienenen Kollegen und Kolleginnen willkommen. Da gerade die Situation geschaffen ist, bittet der Vorsitzende, doch auch weiterhin immer fester zur Organisation zu halten. Hierauf geht er zur Tagesordnung über.

Punkt 1: Der Rechnungsbericht über das 4. Quartal 1919 wurde vom Kollegen Rich. Groppe erstattet. Derselbe wurde geprüft und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung seitens des Vorstandes erteilt und ein Lob ausgesprochen für seine gute Arbeit auf seinem Posten.

Punkt 2: Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß, wie man sieht, die Tarifverhandlungen gescheitert sind, und fragt an, ob ähnliche Betriebe die bis jetzt ausstehenden Lohnzuschüsse usw. erhalten können.

Kollege Weigelt vom Betrieb Eichhorn & Söhne erklärt, daß der nächste Lohnstag abgewartet werden muß zur Feststellung. Die Tagelohn Arbeitenden haben das ihnen zustehende erhalten. Verschiedene Kollegen vom Betrieb Schneider erklärten, daß die Angelegenheit noch nicht ganz zur Zufriedenheit aller geregelt ist, und soll darüber bei der Betriebsleitung Beschwerde geführt werden.

Punkt 3: Hierzu wird Kollegen Wittich das Wort erteilt. Er spricht über die zur Behandlung der Frage stattgefundenen Bezirkskonferenzen in Lichte am 4. Januar 1920. Vom Vorsitzenden, Kollegen Groppe, und noch anderen Kollegen wurde versucht, Verhandlungen mit den Arbeitgebern einzuleiten. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, Verhandlungen nur von Verband zu Verband zu führen sind. Herr Schneider in der Betriebsversammlung am 10. Januar hat bereits mitgeteilt.)

Im Verlauf der Diskussion bittet Kollege Wittich dringend, der Forderung der Wirtschaftsbeihilfe unbedingt zu bestehen. In längerer Diskussion erklärt sich die Versammlung einstimmig den Vorschlägen der Bezirkskonferenzen einverstanden.

Punkt 4: Vorsitzender Groppe bittet in Anbetracht des mißlichen Zustandes (weite Entfernung des jetzigen Lokalbeamten usw.) eigene Anstellung eines solchen. Nachdem im Laufe der Debatte für und Wider lebhaft erörtert wurde, beschließt die Versammlung einstimmig, die Anstellung eines Lokalbeamten zu beantragen.

Punkt 5: Lokalbeitrag für Unterklassierer. Hierüber soll erst der Verbandskassierer Auskunft eingeholt werden.

Punkt 6: Es erregt das Wort Kollege Hartmann über Ziel und Zweck der zu errichtenden Volkshochschulen; hauptsächlich über Gefahren, die diesen im Werden begriffenen Institutionen schon von der bürgerlichen Gesellschaft drohen. Er bittet die Kollegen und Kolleginnen zu drängen, sei der hierfür einsetzenden Be-

wegung das nötige Interesse zu zeigen. Seine Ausführungen wurden von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Für den schon seit 1/2 Jahr ausgesperrten und arbeitslosen Kollegen Kirchner ergab eine Tellerammlung 20 Mk., welchen Betrag Kollege Kirchner überreicht bekam.

Nachdem Vorsitzender Groppe noch zum fleißigen Besuch der Versammlungen aufgefordert hat, erfolgt 1/5 Uhr Schluß der Versammlung.

Tirschenreuth. In einer am 8. Januar stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde Stellung genommen zu dem Lohnangebot der Unternehmer. Alle Versammlungsteilnehmer waren sich einig, daß unsere Unterhändler im Interesse der Porzellanarbeiter gehandelt haben, wenn sie diese Angebote abgelehnt hätten. Die Wirtschaftsbeihilfe, denen die Unternehmer nur ein „Unannehmbar“ entgegensetzten, sei für die Arbeiter eine Notwendigkeit. Mit der, bisher vom Verbands der Unternehmer in der Höhe eines Wochenverdienstes ihren Mitgliedern empfohlenen Wirtschaftsbeihilfe seien die Arbeiter nicht befriedigt. Die Wirtschaftsbeihilfe in der geforderten Höhe könnte die Industrie wohl tragen, wenn der gute Wille vorhanden wäre; dieser fehle jedoch. Die Arbeiterschaft ist in den vier Kriegsjahren und dem Revolutionsjahr von allem entblößt worden; Wäsche und Kleider sind aufgebraucht. Die jetzt gezahlten Löhne reichen nicht aus, um sich das Nötigste zu kaufen. In den fünf Jahren hat die Porzellanindustrie gute Gewinne erzielt, während die Löhne in den ersten Jahren gar nicht stiegen, später nur zögernd und in nicht genügender Form der Teuerung folgten. Die Lohnerhöhungen traten zu einer Zeit in Kraft, wenn sie durch die Ereignisse bereits überholt waren. Auch die für den jetzigen Tarif geforderten 25 Proz. fand die Versammlung als ungenügend, und stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß eine 50proz. Erhöhung des Lohnes einzutreten hätte, wenn wir mit der Teuerung Schritt halten wollten. Die Versammlung fordert auch die baldige Aufnahme der zentralen Verhandlungen, nachdem uns von der Direktion die lokalen Verhandlungen abgelehnt worden sind. Ferner beschloß die Versammlung, daß die gesamte Arbeiterschaft der Porzellanfabrik am nächsten Tag, morgens 1/8 Uhr, geschlossen sich im Fabrikhof zu versammeln habe. Der Betriebsrat sowie die Zahlstellenverwaltung sollten dann den Herrn Direktor Schlipphal gegenüber die Forderungen der Arbeiterschaft vertreten. Zum anberaumten Zeitpunkt war die gesamte Arbeiterschaft im Fabrikhof vertreten. Es wurde von unserem Sprecher, Genossen Raffert, in würdiger Form Herr Direktor Schlipphal darauf verwiesen, daß die Arbeiterschaft der Ueberzeugung sei, daß er bei seinem großen Einfluß, den er bei seinen Kollegen besitze, es ihm wohl möglich sein müßte, die Porzellanindustriellen zu beeinflussen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und sie zu größeren Zugeständnissen zu bewegen. In seiner Erwiderung glaubte Herr Schlipphal bestreiten zu müssen, daß sein Einfluß so groß sei, wie die Arbeiter annehmen. Was die Aufnahme der Verhandlungen anbelange, werde er sich bemühen, sie wieder in Fluß zu bringen. Andererseits müsse er das Scheitern der Verhandlungen unserer Leitung zuschieben. Die geforderte Wirtschaftsbeihilfe in verlangter Höhe könne die Industrie nicht tragen; viele Fabriken wären ruiniert. Man solle die bewilligten Lohnerhöhungen auswirken lassen, dann werden die Arbeiter erst sehen, daß sie ziemlich weitgehend sind. Soviel er bis jetzt übersehe, betragen die Lohnerhöhungen bis zu 40 Proz. Der Passus vom Irin der Industrie rief Heiterkeit hervor. Damit ging nun jeder wieder an seinen Arbeitsplatz, während auf Wunsch des Herrn Schlipphal die Kommission noch weiter im Kontor verhandelte, ohne aber ein anderes Resultat zu erzielen.

Die Erregung in Porzellanarbeiterkreisen bleibt nun weiter bestehen, besonders in den Schichten der nach Tarif als „sonstige Arbeiter“ bezeichneten. Selbige erklären, daß die ihnen zugebilligten Löhne in keiner Weise genügen, um ihre Familien zu ernähren. Aber auch die Facharbeiter können nicht befriedigt sein. Daher, Arbeiter, haltet fest an der Organisation.

Literarisches.

„Natur und Liebe“, Zeitschrift zur Begründung, Verbreitung und Vertiefung der Religion des Sozialismus. Herausgegeben von Dr. Gustav Hoffmann, Verlag für sozialistische Lebenskultur, Rostock. Nr. 1. Preis 70 Pf. Nr. 1 bis 3 im Abonnement 1,80 Mk.

Quittung.

Auf den in Nr. 1 der „Arbeits“ erfolgten Aufruf für den Kollegen Paul Garburger gingen Spenden ein von folgenden Zahlstellen: Teltow 20,—; Tiefensfurt 20,—; Kahla 10,—; Rauenstein 5,—; Stadtlengsfeld 10,—; Weiden 20,—; Brattendorf 10,—; Schwarzja 6,—; Golditz 20,—; Burgau 10,—; Kloster Weiskdorf 10,—; Blankenhain 10,—; Königszelt 15,—; Hennigsdorf 20,—; Hermsdorf 20,—; Hirschheim 5,—; Sonderhausen 20,—; Arzberg 20,—; Passau 10,—; Neubaldensleben 10,—; Schlierbach 20,—; Rehau 15,—; Goldlauter 10,—; Köpflau 10,—; Elmshorn 15,—; Uhlen i. Westf. 10,—; Miengersgerenth 15,—; Sophienau 15,—; Freiburg i. Sachsen 15,—; König h. R. 10,—; Hornberg 20,—; Reichmannsdorf 15,—; Potschappel 15,—; Elsterwerda 20,—; Schornborn-W. 10,—; Königsee 10,—; Frankfurt, Ober 10,— Mark. Summa 506 Mk.

Den Gebern besten Dank.

Zahlstelle Hirschau.

Bingen Schreiner, Kassierer, Josefstadt 251/2.

Quittung.

Für unser Mitglied Max Friede gingen folgende Gelder ein aus den Zahlstellen: Brattendorf 5,—; Burgau 10,—; Elsterwerda 20,—; Freiberg 15,—; Goldlauter 10,—; Kahla 10,—; Königszelt 10,—; Potschappel 15,—; Rauenstein 10,—; Stadtlengsfeld 10,—; Tiefensfurt 20,— Mk. Summa: 135,— Mk.

Den Gebern besten Dank.

Für die Zahlstelle Reuhaus a. d. Wg.: Otto Gamp, Kassierer.

Zur Beachtung!

Bei allen zur Veröffentlichung in unserem Blatte bestimmten Aufschriften — Versammlungsberichte usw. — ist zu beachten, daß das Papier nur auf einer Seite beschrieben werden darf.
Die Schriftleitung.

An die Organempfänger!

Bei Nachforderung von „Ameisen“ bitte immer anzugeben, von welcher Nummer Nachsendung erfolgen soll. Dann bitte nicht zu schreiben, es sind 10 oder 15 Stück mehr zu senden, sondern zu sagen, soundsobiel Exemplare werden benötigt.
Die Expedition der „Ameise“.

Briefkasten.

Berichte aus Althalbdenleben, Brattendorf, Fürstenberg an der Weser, Böhmed, Reichmannsdorf, Borsdamm und aus der Oberpfalz mußten wegen Raummangel zurückgestellt werden.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Annaburg. Sonnabend, 14. Februar, abends 8 Uhr, im Gesellschaftshaus (kleiner Saal).

Arzberg. Samstag, den 14. Februar, abends ½8 Uhr, im „Konsumverein“.

Berlin-Charlottenburg. Schildermaler. Branchensitzung am Dienstag, den 10. Februar, abends 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstraße 21. Tagesordnung: Aufstellung neuer Lohnforderungen. Kündigung des Tarifs.

— **Zahlstellenversammlung** Mittwoch, den 18. Februar, abends 7 Uhr, Aula, Dresdenerstr. 113. Vortrag über das Betriebsrätegesetz.

Blankenhain. Sonnabend, den 14. Februar, abends 8 Uhr, bei Meins. Alle ausgeliehenen Bibliotheksbücher sind mitzubringen.

Bonn. Sonnabend, den 14. Februar, abends 6 Uhr, in der Phönixhalle.

Geschwenda. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, in Gräfenroda, „Felsenkeller“.

Gosblauer. Sonntag, den 8. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zur Henne“.

Neuhaldensleben. Sonnabend, den 21. Februar, abends 8 Uhr, bei Herzog.

Nürnberg. Samstag, den 14. Februar, abends 7 Uhr, Restaurant Langensfelder, Querstraße (Wöhrd).

Osch. Donnerstag, den 19. Februar, abends nach Geschäfts-schluß, im Restaurant „Bauhütte“, Riesaerstraße.

Rodach. Unsere regelmäßigen Zahlstellenversammlungen finden jeden 2. Donnerstag im Monat statt. Die nächste am Donnerstag, den 12. Februar.

Spanau. Montag, den 9. Februar, nachmittags 4 Uhr, bei Wind, Richeisdorferstr. 5.

Tiefenfurt. Sonnabend, 7. Februar, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Borsdamm. Sonnabend, den 7. Februar, abends 6 Uhr, bei Boite.

Aufruf.

Unser Verbandskollege, der Dreher Paul Kunze, befindet sich infolge andauernder Lungenkrankheit in sehr bedrängter Lage. Seit 5 Monaten ist er in allen Klassen ausgesteuert. Die Unterstützung seines früheren Arbeitgebers allein reicht nicht aus, um bei den heutigen Lebensverhältnissen allen Ansprüchen gerecht werden zu können. Seine langjährige treue Mitgliedschaft, sein vorbildliches Wirken als Vorsitzender unserer Zahlstelle und des Arbeiter-Ausschusses sind uns Anlaß, alle Kollegen zu bitten, zur Vinderung der Notlage unseres Kollegen ein Scherlein beizutragen. Gelder sind an unseren Kassierer zu senden, worüber in der „Ameise“ quittiert wird.
Paul Hötner, Secha-Sondershausen, Schäferei-str. 79 d.

Dank.

Von der hiesigen Zahlstelle ist mir abermals eine reichliche Unterstützung überreicht worden, wofür ich meinen wärmsten Dank ausspreche.
Theodor Ziegler, Zahlstelle Plana.

Sterbetafel.

Neuhaldensleben. August Eichmann, Maler, geboren am 4. Januar 1867 zu Grohn bei Regesad, gestorben am 22. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1889.

— **Georg Schulze,** Maler, geboren am 14. Juni 1867 zu Frankfurt a. d. Oder, gestorben am 21. Januar an Herzschlag. Mitglied seit 1917.

Judenbach. Richard Hamerschmidt, Dreher, geboren am 23. März 1877 in Judenbach, gestorben am 13. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1895.

Rudolstadt. Hugo Franke, Maler, geboren am 27. Juli 1846 zu Jeggertas, gestorben am 24. Januar an Altersschwäche. Mitglied seit 1919.

Schmiedberg. Eduard Bürger, Stanzler, geboren am 10. Dezember 1866 in Dittersbach (Stadt), gestorben am 24. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918.

Sch. Paul Eckert, Zimmermann, geboren am 18. Januar 1877 in Sieberstein, gestorben am 2. Januar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1918. Die Zahlstelle verliert in diesem Gewissen einen äußerst tüchtigen Vertrauensmann und Unterlassierer, dessen Andenken mächtig in Ehren bleiben wird.

Ehre ihres Andenken!

Aufruf.

Unser langjähriges Mitglied, Dreher Paul Krause, befindet sich infolge langer Krankheit in großer Notlage. Seit Mai 1919 in allen Klassen ausgesteuert. Zwei schulpflichtige Kinder sind zu versorgen. Die Unterstützung durch unsere Zahlstelle reicht nicht aus, um das zum Leben Notwendige schaffen zu können.

Geldsendungen bitten wir an unseren Kassierer Albert Dölan b. Halle (Saale), Lettinerstr. 27, adressieren zu wollen. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für die Zahlstelle Lettin.
Der Vorsitzende: Otto Bergmann

Aufruf.

Unser Kollege, Dreher Wilhelm Schwandt, befindet sich in äußerst mißlichen Lage. Aus dem Felde gesund zurückgekehrt, hat das Unglück, bei den Unruhen im Juni vorigen Jahres durch Schinengewehr schwer verletzt zu werden, so daß er bis heute noch bettsunfähig zu Hause liegt. Als Familienvater von zwei Kindern zieht er nach der Aussteuerung in allen Klassen nur eine geringe Unterstützung.

Gelder sind zu richten an unseren Kassierer Wilhelm Frankfurt a. Ober, Bergstr. 7. Quittung erfolgt in der „Ameise“.

Für die Zahlstelle Frankfurt a. O.
Der Vorsitzende: Heinrich Thun

Arbeitsmarkt.

Mehrere tüchtige Figuristen und Polychromeure für religiöse und weltliche Figuren gegen Tariflohn für sofortige Stellung dauernd. Offerten an Hermkens & Szalath, Dresden, Laurenziusstr. 23.

Tüchtiger flotter Dreher für Blumentöpfe, Vasen und Kapseln, mögl. ledig, kann sofort treten. Angebote an: Jos. Strnact jr., Terr. Fkt., Weisinger.

Flotter, sauber arbeitender — **Unterglasurmaler** — für Schablone und Freihandmalerei gesucht.
Hirschauer Steingutfabrik G. & E. Carlstens, Hirschau, Oberp.

Tüchtige Fuger für Elfenbeinmasse und Gips gegen hohen Lohn gesucht.
Reps & Trinte, Magdeburg-Neustadt

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere
sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen
Emil Theimer, Langewiesen b. Jlm., W.

Für alle Goldabfälle, wie Nische, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen einen Versuch und Sie werden in die Runde bleiben.
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, W.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Nische — Pinsel — Flaschen
Malrückstände usw. zum Einschmelzen kauft
M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Schmelzrückstände dieser Art
Reelle u. wüchliche Bedienung
Man verlange Prospekte.

Gep. 1896. Beste Dehm.	Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art		Gold- Platin- Silber- preis- auf- Antrag
			

Goldschmiere, Goldplatten, Goldbleche und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtfilm i. Z.

Reparaturen von Porzellan- u. Brennösen, Einrichtung
Heizfeuerungen, werden prompt ausgeführt.
Briefe postlagernd unter B. S., Reichenbach (S.-Mtg.).

weiß jemand über den Verbleib oder gegenwärtigen Aufenthalt des Drehers

Fritz Birkholz
irgendwelche Angaben zu machen? Zuschriften erbeten an den Vorsitzenden der Zahlstelle Echorndorf.

Willy Bilgheil, Echorndorf b. Stuttgart, Niblerinstr. 14

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinerstr. 4
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinerstr. 4
Druck von Otto Voerke, Charlottenburg, Wallstr. 22